

Uedem, 19.03.2012

Rede zum Haushalt 2012

(Es gilt das gesprochene Wort)

Jörg Lorenz
Vorsitzender der
SPD-Fraktion Uedem

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir beraten und entscheiden heute über den Haushaltsplan der Gemeinde Uedem für das Jahr 2012. Dieser Haushaltsplan unterscheidet sich in einigen wesentlichen Punkten von Vorlagen der letzten Jahre.

Er unterscheidet sich insbesondere schon bei der Erarbeitung. Auf Vorschlag der SPD Fraktion und auch des Bürgermeisters hat sich im vergangenen Jahr der Arbeitskreis Gemeindefinanzen gebildet, in dem Vertreter der Politik und der Verwaltung gemeinsam engagiert und ernsthaft die Zahlenwerke darauf durchforstet haben, wie wir Ausgaben einsparen und Einnahmenverbesserungen erzielen können. Bis auf den Kollegen Verhaelen, der für die FDP die Mitarbeit in diesem Gremium nicht etwa nur stillschweigend eingestellt hat, sondern gar ohne nachvollziehbare Begründung uns quasi die Brocken für die Füße geworfen hat, kann ich feststellen: alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Runde haben diese undankbare Aufgabe angenommen und wir sind zu guten Ergebnissen gekommen. Es bleibt aber noch genug zu tun: Vorrangig müssen wir uns mit Fragen der interkommunalen Zusammenarbeit befassen. Darauf hatte ich schon in den letzten beiden Jahren hingewiesen, und das Thema wird uns ja auch bei der nächsten Sitzung übermorgen beschäftigen.

Ebenfalls eine positive Entwicklung verzeichnen wir bei den Steuerungsinstrumenten, die künftig den Umgang mit den Finanzen der Gemeinde für den Rat bestimmen sollen. Zwar sind wir hier noch lange nicht am Ziel, aber es gibt doch für eine ganze Reihe von Produkten inzwischen die notwendigen Grund- und Kennzahlen sowie operative Ziele – Tendenz steigend. Ganz unkritisch sehen wir diese vorgelegten Ziele allerdings nicht. Das liegt daran, dass nach unserem Eindruck derzeit nicht etwa die Ziele die Kennzahlen bestimmen, sondern es ist wohl eher umgekehrt. Es muss aber letztlich erreicht

vorgerechnet, dass durch besseren Zinssatz und höhere Energieeinsparungen diese Mehrausgaben schon in wenigen Jahren amortisiert sind. Es wäre also unvernünftig, diese Schulden nicht zu machen.

Zugleich muss aber auch eines klar sein: neben diesen notwendigen Investitionen werden wir uns weitere Projekte mit erheblichem Finanzaufwand nicht leisten können. Ich kündige daher für die SPD Fraktion schon heute an, dass wir nicht alle Planungen, die in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten sind, unterstützen werden. Dies gilt beispielsweise ganz deutlich für den geplanten zweiten Bauabschnitt des Radwanderweges nach Xanten. Diese Bedenken gelten ebenfalls für den zweiten Bauabschnitt bei der Optimierung unserer ÖPNV Haltestellen. Wir finden es richtig, diese Ausgaben zunächst mit einem Sperrvermerk zu versehen und werden auch einer späteren Freigabe nicht zustimmen.

Die sicher erfreulichste Feststellung ist, dass der Haushalt 2012 nach heutiger Vorlage mit einem knapp positiven Saldo, also dem, was man eine schwarze Null nennt, ausgeglichen gestaltet werden konnte. Und ausgeglichen heißt in diesem Zusammenhang nicht etwa nur fiktiv ausgeglichen, wie es beim Rückgriff auf die sogenannte Ausgleichsrücklage der Fall gewesen wäre, sondern tatsächlich ausgeglichen. Dies wird im Jahr 2012 nur sehr wenigen Gemeinden in NRW gelingen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen Punkt zu sprechen kommen, der unsere intensiven Beratungen über den vorgelegten Haushaltsplan zumindest relativiert. Dazu ein paar Zahlen. Bei den letzten vier Haushalten betrug die Differenz zwischen den Planzahlen und dem tatsächlichen Jahresabschluss bis zu 1,1 Millionen €. So war im Jahr 2008 ein Fehlbedarf von 970.000 € geplant, tatsächlich betrug der Fehlbedarf genau 2.655,33 €. Im Jahr 2010 waren dann 953.000 € Fehlbedarf geplant, tatsächlich schließt das Jahr mit einem Plus von 120.238,05 € ab.

werden, dass wir Kennzahlen beschließen, deren Erreichung dann durch entsprechende Maßnahmen und Zielformulierungen sichergestellt werden muss. Wenn wir uns zum Beispiel das Produkt 05 02 „Grundsicherung für Arbeitssuchende und SGB II“ ansehen, dann finden wir die Formulierung: „Durch eine hohe Integration der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (WLB) in Ausbildung und Arbeit soll die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und ELB gesenkt werden, um dadurch auch die Kosten der Unterkunft so gering wie möglich zu halten.“ Zitat Ende. Wir finden aber keine einzige konkrete Maßnahme, die uns der Erreichung dieses Zieles näherbringen würde. Was soll dann also dieses Ziel? Es gibt allerdings auch ein positives Beispiel: Die Ziele und Kennzahlen für das Produkt 12 01 Straßen, Wege, Brücken kommt unseren Vorstellungen schon sehr nahe. Insgesamt liegt wohl noch ein jahrelanger Weg vor uns, bis diese Steuerungsmechanismen wirklich greifen können. .

Mit diesem Haushalt beginnt ein sehr ehrgeiziges Projekt der Gemeinde Uedem. In den nächsten Jahren wollen wir Maßnahmen zur energetischen Sanierung aller wichtigen Gebäude im Besitz der Gemeinde Uedem durchführen. Zur Verwirklichung dieses Zieles werden wir in den kommenden Jahren viele Millionen Euro in die Hand nehmen müssen. Die Verschuldung unserer Gemeinde, die seit Jahren stetig gesunken ist, wird dadurch wieder ansteigen. Zu diesem Weg sagt die SPD Fraktion grundsätzlich Ja, weil es sich um rentierliche Schulden handelt, die sowohl zur Einsparung von Energiekosten als auch zum Erhalt des Vermögens der Gemeinde beitragen werden. In den letzten Tagen ist der Spitzenkandidat der FDP zur Landtagswahl, Herr Lindner, mit dem Satz zitiert worden: „Es gibt keine gute Schulden.“ Klingt ja nicht schlecht, ist aber Unsinn. Wenn beispielsweise ein Eigenheimbesitzer ein Darlehn aufnimmt, um eine Photovoltaikanlage einzurichten, dann ist das eine auch kaufmännisch kluge Entscheidung, weil sich dieses Investition rechnet. Ähnlich ist es mit den Mehraufwendungen, die wir jetzt für das Bürgerhaus in Kauf nehmen, um einen höheren Effizienzgrad zu erreichen. Die Verwaltung hat uns

Da stellen sich dann mehrere Fragen. Die erste davon lautet: Wie lohnend ist eigentlich die Diskussion um wenige Hundert Euro bei einem einzelnen Haushaltsposten, wenn wir am Ende über solche Differenzen reden. Wir sagen: Ja, es lohnt sich, denn es ist immer richtig und geboten, sorgsam mit dem Geld der Steuer- und Gebührenzahler umzugehen. Zum Zweiten aber auch die Frage, woran denn diese Abweichungen eigentlich liegen. Ich bin, um es deutlich zu sagen, nicht sicher, ob hier nicht auch Planungsfehler vorliegen. Vieles erklärt sich auch aus der Umstellungsphase auf NKF die verbunden war mit zahlreichen nachträglichen Buchungen in früheren Abschlüssen. Aber sicher bin ich, dass der allergrößte Teil dieser Abweichungen nur durch Unwägbarkeiten und Veränderungen entsteht, die sich beim besten Willen auch nicht einplanen lassen. Hierzu nur ein Beispiel: wegen eines der Gemeinde zugewiesenen Asylbewerbers, für dessen krankheitsbedingte Kosten wir aufkommen müssen, wurden allein für dieses Jahr 43.000 € eingeplant. Jeder von uns kann sich ausrechnen was passiert, wenn dieser Asylbewerber überraschend nach Hause zurückkehren könnte, oder umgekehrt, wir mehrere weitere Betroffene zugewiesen bekämen. Noch größer sind die Abweichungen im Bereich der Gewerbesteuererinnahmen, deren Schwankungen uns hier im Rat ja durch die regelmäßigen Bericht der Verwaltung bekannt sind. Wie schnell sind da Hunderttausende Euro in die eine oder andere Richtung erreicht. Wir sollten dennoch auch im AK Finanzen darüber sprechen, ob bzw. wie wir größeren Realismus in unsere Haushaltspläne bekommen können.

Schon heute weist die Planung ja wieder große Unterschiede zur Vorlage bei der Einbringung durch den Bürgermeister auf. Auf diese Einbringung will ich kurz eingehen. Herr Bürgermeister, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede wörtlich gesagt „Die Winterdienstgebühr wurde gar abgeschafft und wird ab dem 01.01.2012 über die Grundsteuer A und B mit abgerechnet.“ Diese Darstellung ist nicht zutreffend. Richtig wäre zu sagen, dass die Gemeinde Uedem auf die Erhebung einer Winterdienstgebühr verzichtet. Und dann kann man noch

sagen, dass zur Gegenfinanzierung Teile der Einnahmen aus den Grundsteuern verwendet werden. Das klingt jetzt vielleicht kleinlich, ist aber deswegen bedeutsam, weil wir mit dieser Entscheidung im AK Gemeindefinanzen nicht einfach eine Umverteilung der Kosten für den Winterdienst erreichen wollten – von den Anliegern auf alle Steuerzahler. Vielmehr erreichen wir dadurch, dass die Gebühren nun nicht mehr gesondert er- und abrechnet werden müssen, einen wichtigen Entlastungseffekt für die Verwaltung.

Ich verzichte auch in diesem Jahr darauf, mit Blick auf die rot-grüne Landesregierung oder die schwarz-gelbe Bundesregierung Verantwortungen für Mindereinnahmen, Mehrausgaben, Einnahmeverbesserungen usw. zu Gunsten der Gemeinde Uedem aufzulisten. Ich hatte bereits im Vorjahr darauf hingewiesen, wie wenig ergiebig solche Betrachtungen sind.

Auch bei der Frage der Kreisumlage kann man unterschiedlicher Meinung sein. Ich weiß, dass die SPD Fraktion im Kreistag beantragt hat, die Kreisumlage nicht zu erhöhen und stattdessen die Ausgleichsrücklage anzugreifen. Auch der Bürgermeister hat sich in seiner Stellungnahme gegenüber dem Landrat so positioniert. CDU und FDP im Kreistag wollen dagegen eine, wenn auch gegenüber der Verwaltungsvorlage geringere, Erhöhung der Umlage beschließen. Ich glaube, dass es für beide Positionen gute Argumente gibt. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir hier in Uedem trotz der einkalkulierten Erhöhung einen ausgeglichenen Haushalt darstellen können, sollten wir mit dem Kompromiss durchaus einverstanden sein. Dies meine ich vor allem deshalb, weil im Zusammenhang mit der Ausgleichsrücklage offenbar ganz merkwürdige Vorstellungen kursieren. So hat beispielsweise die Spitze der Kreis-FDP davon gesprochen, dass es doch dem Kreis überlassen bleiben müsse, was er mit seinen Ersparnissen tun solle. Dazu muss man wissen, dass diese Ausgleichsrücklage alles andere als eine tatsächlich aus gespartem Geld gespeiste, auf einem

Konto oder Sparbuch liegende Summe darstellt. Da ist kein Sparstrumpf, in dem mehrere Millionen Euro liegen. Vergleichbar ist das vielmehr mit einem von der Hausbank eingeräumten Dispositionscredit. Wer zum Beispiel über 1.000 € auf seinem Konto verfügt, und darüber hinaus von seiner Bank eine Kreditlinie – einen Dispo - in Höhe von 1.000 € eingeräumt bekommt, kann jetzt natürlich davon sprechen, er habe 2.000 € zur Verfügung und kann diese auch ausgeben. Dummerweise wird er aber die 1.000 € Kredit irgendwann zurückzahlen müssen. Dies gilt im übertragenen Sinne auch für die Ausgleichsrücklage. Da dieser kein tatsächlicher Betrag an Finanzmitteln gegenüber steht, müssen die notwendigen Mittel auf dem Finanzmarkt beschafft werden. Dies führt im Ergebnis zum Beispiel dazu, dass die 10 Millionen Euro, mit denen sich der Kreis Kleve an der Sparkasse Emmerich beteiligen wird, zwar angeblich aus der Ausgleichsrücklage bezahlt werden, aber natürlich tatsächlich Zinskosten verursachen, weil das Geld in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Diese Systematik würde natürlich auch die Gemeinde Uedem betreffen, wenn wir, was ja in den kommenden Jahren zu erwarten ist, den Haushalt nicht ausgeglichen darstellen können. Die Ausgleichsrücklage hilft uns allenfalls zu verhindern, dass wir ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen müssen, welches vom Kreis genehmigt werden muss, weil wir – um im Bild zu bleiben, unseren Dispo nicht überziehen.

Herr Bürgermeister, Herr Kämmerer, meine Damen und Herren von der Verwaltung, die SPD dankt für die geleistete Arbeit, für Ihre zeitweise Teilnahme an unseren Fraktionsberatungen, die geduldige Beantwortung unserer zahlreichen Fragen, und auch dafür, dass Sie von uns vorgeschlagene Veränderungen wo immer möglich eingearbeitet haben.

Die SPD Fraktion stimmt dem Haushaltplan 2012 in der heute vorgelegten Fassung zu. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.